

# Am 8. Juni stimmen wir über die "Volksinitiative für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr" ab

Autor(en): **Ogi, Adolf**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische  
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **163 (1997)**

Heft 6

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-64690>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



## **Am 8. Juni stimmen wir über die «Volksinitiative für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» ab.**

Vorab möchte ich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aufrufen, am 8. Juni an die Urne zu gehen. Denn diese Initiative berührt weit mehr als die Frage der Rüstungsausfuhr. Die Initiative tangiert ganz zentral den Wirtschaftsstandort Schweiz.

### **Worum geht es bei der Abstimmung konkret?**

Es geht um die Landesverteidigung. Es geht um die Frage, ob wir das technische Know-how für unsere Armee im Land behalten können.

Es geht darum, ob wir eine gewisse Rüstungsautonomie erhalten können oder ob unsere Auslandabhängigkeit verstärkt wird. Ohne Exportmöglichkeiten hat die Schweizer Rüstungsindustrie keine Überlebenschancen. Denn allein die Aufträge für unsere Armee garantieren nicht die nötige Auslastung. Am 8. Juni geht es auch um unsere Solidarität.

Die Initiative würde die Durchfuhr von Material und Truppen für friedenserhaltende Missionen treffen. Wir haben in letzter Zeit internationalen Friedenstruppen den Transit durch und über unser Land gestattet. Wir gestatten diese Transits im Interesse des Friedens in Ex-Jugoslawien. Diese Politik der Solidarität wäre bei einem Ja am 8. Juni in Frage gestellt.

Am 8. Juni geht es auch ganz zentral um die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Schweiz. Es geht um die Zukunft der Schweizer Hochtechnologie. Denn – und dies muss ich mit aller Deutlichkeit wiederholen – die Initiative berührt nicht allein die Rüstungsindustrie.

Nein. Die Initiative betrifft auch ganz direkt die Maschinen-, die Metall-, die Elektro- und die chemische Industrie. Die Initiative will die Ausfuhr von zivil wie militärisch verwendbaren Gü-

tern dann verbieten, wenn diese Güter für kriegstechnische Zwecke genutzt werden sollen.

Es geht also um die Dual-use-Güter. Genau im Dual-use-Bereich gehört aber die Schweiz zu den führenden Ländern der Welt. Die Bestimmungen der Initiative würden der Exportwirtschaft – aufgrund komplizierter und langwieriger Überlebensmechanismen – im Dual-use-Bereich erhebliche Wettbewerbsnachteile auferlegen.

Es ist durchaus denkbar, dass viele Unternehmen auf diese Erschwernisse mit Auslagerungen von Produktionsstätten ins Ausland reagieren würden. Mit der Konsequenz, dass in der Schweiz weitere Arbeitsplätze im zukunftsweisenden Hochtechnologie-Bereich verloren gingen. Kurz: Die Initiative ist mit ihrem Totalverbot zu radikal und sie hätte gravierende Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Schweiz.



Bundesrat und Parlament dagegen haben eine restriktive, streng kontrollierte Exportpolitik festgelegt. Mit dem revidierten Kriegsmaterialgesetz und mit dem neuen Güterkontrollgesetz sagen wir: Export ja, aber unter strengen Kontrollauflagen. Bundesrat und Parlament wollen einen verantwortungsvollen Mittelweg gehen. Ich bitte Sie, uns auf diesem Weg zu folgen.

**Der Bundesrat empfiehlt Ihnen, die Initiative abzulehnen.**

Bundesrat Adolf Ogi  
Vorsteher des  
Eidgenössischen Militärdepartementes